

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jürgen Trittin, Tom Koenigs, Claudia Roth (Augsburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
**– Drucksache 18/4785 –**

### **Zur Situation von Mohamed Nasheed**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Am 13. März 2015 wurde der ehemalige Präsident der Malediven, Mohamed Nasheed, zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt. Ein Gericht in Malé, der Hauptstadt des islamischen Inselstaates, verurteilte den Meereswissenschaftler und Menschenrechtler mit der Begründung, Mohamed Nasheed habe während seiner Amtszeit gegen nationale Anti-Terrorismus-Gesetze verstoßen. Im Jahr 2012 hatte er einen ranghohen Richter unter Korruptionsvorwürfen festnehmen lassen. Die Richter urteilten nun, Mohamed Nasheed habe den Richter damals „entführt“ und damit einen Terrorakt begangen ([www.maldiveshighcommission.org/news/statements/item/692-q-a-sentencing-of-former-president-nasheed](http://www.maldiveshighcommission.org/news/statements/item/692-q-a-sentencing-of-former-president-nasheed)).

Mohamed Nasheed, 47, war im Jahr 2008 der erste frei gewählte Präsident der Republik Malediven. Zuvor hatte der Autokrat Maumoon Abdul Gayoom die Geschicke des Inselstaats mehr als 30 Jahre kontrolliert. Vor seiner Amtszeit war Mohamed Nasheed als Menschenrechtsaktivist bekannt geworden, wurde unter dem Gayoom Regime inhaftiert und schwer gefoltert. Er gründete die Maledivische Demokratische Partei MDP und ist ihr Vorsitzender. Während seiner Präsidentschaft führte Nasheed die Krankenversicherung und Mutterschutzgesetze ein, eine kommunale Selbstverwaltung, einen Busdienst in Malé und Fährverbindungen zwischen den Inseln. Bis dahin hatte es kein öffentliches Verkehrssystem gegeben. Mohamed Nasheed erließ ein Steuergesetz, um all das zu finanzieren: Erstmals mussten die Ressortbesitzer Steuern zahlen und er erließ strenge Umweltgesetze.

International bekannt machte ihn eine Kabinettsitzung, die er auf dem Meeresgrund abhielt. Dabei wollte er darauf aufmerksam machen, dass nicht nur seine Heimat wegen des Klimawandels zu versinken droht. Sein Umweltengagement beim Klimagipfel von Kopenhagen im Jahr 2009, seine Verhandlungen mit anderen gefährdeten Inselstaaten und Indien sowie seine Rhetorik beeindruckten innerhalb der Weltgemeinschaft. Manche sahen in ihm den ersten „Klimapräsidenten“ der Vereinten Nationen (UN). Sein Charisma und sein unkonventionelles Auftreten haben viele Malediver beeindruckt.

Amnesty International verurteilt den Prozess als politisch motiviert, als Justizposse, als Hohn der Gerechtigkeit. Der gesamte Prozess sei mit schweren juristischen Fehlern und Mängeln behaftet, so Richard Bennett, Amnestys Asien-Pazifik-Direktor, das Urteil völlig unbegründet. Fazit: ein politisch motivierter Scheinprozess. Amnesty International wies darauf hin, das Mohamed Nasheed jeglicher Rechtsbeistand verweigert wurde. Außerdem haben zwei der drei Richter, die das Urteil gegen Mohamed Nasheed gefällt hatten, zuvor in den polizeilichen Ermittlungen gegen ihn ausgesagt. Außerdem wurde Mohamed Nasheed jeglicher Rechtsbeistand verweigert. UN, Indien und das US Department of State kritisierten ausdrücklich das Vorgehen der maledivischen Behörden ([www.amnesty.org/en/articles/news/2015/03/maldives-mohamed-nasheed-convicted-terrorism/](http://www.amnesty.org/en/articles/news/2015/03/maldives-mohamed-nasheed-convicted-terrorism/)).

Derzeit reformieren die Malediven ihr Strafgesetz und orientieren sich eng an der Scharia. Das 60 Jahre alte Moratorium zur Vollstreckung der Todesstrafe fällt. Selbst Minderjährige können verurteilt werden. Als Straftaten nach Scharia-Recht gelten schwerer Diebstahl, Alkoholkonsum, Abfall vom Glauben, Unzucht und außerehelicher Geschlechtsverkehr. Auch für diese Vergehen könnte in Zukunft die Todesstrafe gelten, wie der jetzige Innenminister andeutete. Laut Amnesty International wurden im vergangenen Jahr auf den Malediven 13 Menschen zum Tode verurteilt, unter ihnen zwei Jugendliche. 20 Verurteilte sitzen derzeit in den Todezellen und warten auf ihren Berufungsprozess – oder aber auf ihre Hinrichtung durch eine Giftspritze.

International renommierte Menschenrechtsanwälte wie Amal Clooney, Ben Emmerson und Jared Genser sind dabei, Mohamed Nasheed anwaltlich zu vertreten und den Fall neu aufzurollen.

Mohamed Nasheed ist Botschafter der Klimaschutzorganisation 350.org, die den alternativen Nobelpreis erhalten hat, und Träger des Anna-Lindh-Awards, der ihm für sein Menschenrechtsengagement auf den Malediven verliehen wurde (benannt nach der ermordeten schwedischen Außenministerin). Im Jahr 2010 erhielt er den Umweltpreis der UN (Champions-of-Earth-Award), im Jahr 2012 den James-Lawson-Award für sein gewaltfreies Engagement. Das US-Magazin „Newsweek“ nahm ihn in die Liste der „zehn besten Führer der Welt“ auf. Er war zuletzt im Jahr 2010 in Deutschland zu Gast und traf hier mit der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zusammen.

Deutsche Touristen gehören mit zur wichtigsten Besuchergruppe auf den Malediven.

### Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Bundesregierung tritt weltweit für die Einhaltung von Menschenrechten und für Rechtsstaatlichkeit ein.

Im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik stimmt sich Deutschland eng mit seinen Partnern in der Europäischen Union (EU) ab. In ihrer gemeinsamen Erklärung als Reaktion auf die Verhaftung des ehemaligen Präsidenten der Malediven, Mohamed Nasheed, vom 24. Februar 2015 haben die Botschafter der vor Ort vertretenen Mitgliedstaaten ihre Besorgnis hinsichtlich der Einhaltung rechtsstaatlicher Standards ausgedrückt und ein faires Verfahren angemahnt. Die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, äußerte am 14. März 2015 nach der Verurteilung von Mohamed Nasheed nach dem Anti-Terror-Gesetz in einer Erklärung ihres Sprechers ernste Zweifel an der Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien hinsichtlich des gerichtlichen Verfahrens sowie hinsichtlich des Vertrauens in die Unabhängigkeit der Justiz.

1. Welche Kenntnisse besitzt die Bundesregierung über den Verbleib, den Gesundheitszustand und die Haftumstände von Mohamed Nasheed?

Mohamed Nasheed wurde am 27. April 2015 vom Asseyri-Gefängnis auf der Insel Himmafushi in die Haftanstalt auf der Insel Maafushi verlegt.

Die Deutsche Botschaft in Colombo befindet sich in regelmäßigem Kontakt mit Anwälten und Angehörigen, die Zugang zu Mohamed Nasheed haben, insbesondere auch mit seiner Ehefrau, Laila Ali. Zuletzt konnte der deutsche Botschafter am 29. April 2015 mit den Anwälten Mohamed Nasheeds sprechen sowie am 30. April 2015 mit dessen Nichte, der Abgeordneten Eva Abdullah.

Auf Maafushi ist Mohamed Nasheed gegenwärtig in einer Einzelzelle untergebracht. Sie besteht aus jeweils einem kleinen Schlaf- und Aufenthaltsraum sowie WC. Der Schlafraum ist mit einer Klimaanlage ausgestattet. Der Botschaft wurde mitgeteilt, dass Mohamed Nasheed seit seiner Verlegung dreimal die Gelegenheit zu jeweils zweistündigen Gesprächen mit seinen Anwälten hatte, zuletzt am 7. Mai 2015.

Der Bundesregierung liegen keine Hinweise auf akute gesundheitliche Beschwerden von Mohamed Nasheed vor. Er hat Zugang zu Ärzten, die von der Haftanstalt gestellt werden.

2. Wie beurteilt die Bundesregierung den Prozess gegen Mohamed Nasheed, der von Amnesty International als politisch motivierter Scheinprozess und vom US Department of State kritisiert wurde ([www.state.gov/r/pa/prs/ps/2015/03/238884.htm](http://www.state.gov/r/pa/prs/ps/2015/03/238884.htm))?

Die Bundesregierung hat ihre Besorgnis in den in ihrer Vorbemerkung genannten Erklärungen im EU-Rahmen zum Ausdruck gebracht. Im Übrigen teilt die Bundesregierung die Einschätzung des Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR). Eine Delegation des OHCHR unter Leitung von Mona Rishmawi, Chief of the Rule of Law, Equality and Non-Discrimination Branch, besuchte Malé Ende April 2015. Mona Rishmawi gab am 1. Mai 2015 in Genf hierzu eine Erklärung ab. Darin bezeichnet sie das Verfahren und das Urteil gegen den früheren Präsidenten Mohammed Nasheed als in erheblichem Maße unfair, willkürlich und unverhältnismäßig. Sie führte unter anderem weiter aus, dass das Verfahren nicht den einschlägigen Bestimmungen der maledivischen Verfassung entsprochen habe.

3. Wie bewertet die Bundesregierung das Urteil gegen Mohamed Nasheed?

Auf die Antwort zu Frage 2 sowie auf die Vorbemerkung der Bundesregierung wird verwiesen.

4. Wird sich die Bundesregierung auch im Rahmen der Europäischen Union (EU) und der UN für die Sicherheit und persönliche Unversehrtheit von Mohamed Nasheed einsetzen?

Wenn ja, in welcher Weise, und wenn nein, warum nicht?

Der deutsche Botschafter in Colombo hat sich unmittelbar nach der Verhaftung von Mohamed Nasheed fortlaufend für dessen Unversehrtheit eingesetzt, u. a. in zahlreichen direkten Kontakten mit der maledivischen Außenministerin. Darüber hinaus hat der deutsche Botschafter in Colombo wiederholt für sich selbst, aber auch für andere EU-Botschafter, um Zugang zu Mohamed Nasheed und weiteren Inhaftierten gebeten.

Im Rahmen des Universellen Staatenüberprüfungsverfahrens (Universal Periodic Review, UPR), welches die Malediven im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen am 6. Mai 2015 in Genf durchlaufen haben, thematisierte Deutschland unter anderem auch die Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien in Strafverfahren.

5. Wie beurteilt die Bundesregierung die innenpolitische Entwicklung in der Republik Malediven seit Abhalten des Verfassungsreferendums im Jahr 2007?

Ein im Jahr 2004 begonnener Demokratisierungs- und Reformprozess führte im Jahr 2005 erstmalig zur Zulassung von politischen Parteien und im August 2008 zur Verabschiedung einer Verfassung.

Nach seinem Amtsantritt im Herbst 2008 bemühte sich der seinerzeitige Präsident Mohamed Nasheed um die Konsolidierung der noch fragilen Demokratie. Aufgrund fehlender Parlaments-Mehrheit und einer Blockade-Haltung der Opposition war es seiner Regierung vielfach nicht möglich, Reformen bzw. Gesetzesvorhaben zu verwirklichen.

Die Herausbildung stabiler demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen bleibt weiterhin eine große Herausforderung für die junge Republik. Ein gutes Jahr nach Amtsantritt des neuen Präsidenten Abdulla Yameen ist die innenpolitische Lage fragil und angespannt. Zunehmend sichtbar werden Tendenzen zu autokratischer Regierungsführung. Die Polarisierung zwischen Regierung und Opposition sowie deren Anhängern hat in den letzten Monaten zugenommen, die Gesprächsbereitschaft abgenommen.

6. In welchem Maße will die Bundesrepublik Deutschland Einfluss auf die Regierung der Malediven nehmen und die Einhaltung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit anmahnen?

Die Bundesregierung setzt sich direkt und im Rahmen der EU aktiv für die Konsolidierung der jungen Demokratie ein.

Zur Unterstützung der Reform des maledivischen Justizwesens leistete das Auswärtige Amt einen finanziellen Beitrag im Rahmen eines von UNDP geführten Projekts „Access to Justice“ in Höhe von insgesamt 600 000 Euro über zwei Jahre (bis Mitte des Jahres 2013). Mit kleineren Beiträgen konnten Ausbildungskurse für die freie Berichterstattung der Medien unterstützt werden.

Die Deutsche Botschaft in Colombo unterstützt intensiv die örtliche Zivilgesellschaft bzw. Menschenrechtsverteidiger und unterhält regelmäßige Kontakte zu lokalen Menschenrechtsorganisationen wie Transparency Maldives oder Maldives Democracy Network (MDN). Die Leiterin von MDN ist im Rahmen des Gästeprogramms der Bundesrepublik Deutschland als Teil einer Delegation, gemeinsam mit weiblichen Abgeordneten aller Fraktionen des maledivischen Parlaments, Ende Juni 2015 nach Deutschland eingeladen.

7. Inwieweit hat oder wird die Bundesregierung beim Präsidenten der Malediven gegen das Vorgehen von Polizei und Justiz im Fall Nasheed interveniert bzw. intervenieren?

Die Deutsche Botschaft in Colombo hat, wie auch andere westliche Botschaften, wiederholt bei Präsident Abdullah Yameen Gesprächstermine erbeten. Bislang wurden diese Gesprächsanfragen abgelehnt.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

8. Inwiefern spielt die Situation in der Republik Malediven eine Rolle in Konsultationen mit anderen Staaten in der Region sowie Indien und Sri Lanka, und wie nutzt die Bundesregierung diese Möglichkeit, sich für den Schutz der Menschenrechte in der Republik Malediven einzusetzen?

Die Bundesregierung nutzt den Dialog mit den Partnern in der Region, insbesondere mit Indien und Sri Lanka, um auf den Schutz der Menschenrechte hinzuwirken. In diesem Sinne findet ebenfalls eine enge Abstimmung mit den EU-Partnern in der Region und in Brüssel statt.

9. Beabsichtigt die Bundesregierung als Mitglied der EU vor dem Hintergrund, dass eine Reihe internationaler Organisationen, darunter die UN, die EU und die „Internationale Juristenkommission“ auf Probleme innerhalb des maledivischen Justizwesens hingewiesen haben, einen Reformprozess innerhalb der maledivischen Justiz anzustoßen?

Wenn ja wie, und wenn nein, warum nicht?

Das Auswärtige Amt hat das vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) geführte Projekt „Access to Justice“ zur Reform des maledivischen Justizwesens maßgeblich finanziell unterstützt (vgl. Antwort zu Frage 6). Eine Fortsetzung des Programms kam aufgrund mangelnder Teilnahme der maledivischen Seite sowie der Nichtumsetzung der für das Projekt erforderlichen Reformvorhaben nicht zustande. Die EU-Außenbeauftragte Mogherini hat mit Schreiben vom 27. April 2015 und auf Einladung der maledivischen Außenministerin die Beobachtung von Experten in einem eventuellen Berufungsverfahren Mohamed Nasheeds sowie eine Untersuchung der für die Judikative maßgeblichen Vorschriften durch zu entsendende Rechtsexperten angeboten.

10. Was unternimmt die Bundesregierung, um die Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit, freier Meinungsäußerung und Sicherheit des Einzelnen in der Republik Malediven zu unterstützen, angesichts der Tatsache, dass sich die Sicherheitssituation auf den Malediven täglich verschlechtert, Mitglieder der demokratischen Opposition ohne Gerichtsprozess inhaftiert werden, Dissidenten und kritische Journalisten verschwinden und die polizeiliche Gewalt zunimmt?

Der Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, Christoph Strässer, hat das Thema Menschenrechte Mitte März 2015 gegenüber dem maledivischen Umweltminister angesprochen. Darüber hinaus hat er einen hochrangigen Vertreter der Opposition, den früheren Parlamentspräsidenten Abdulla Shahid, am 25. März 2015 zu einem ausführlichen Gespräch getroffen und seine Besorgnis hinsichtlich der jüngsten Entwicklungen auch in einer Erklärung in den sozialen Medien verdeutlicht. Zuvor war der Beauftragte für Asien- und Pazifikpolitik des Auswärtigen Amts am 13. März 2015 mit führenden Oppositionspolitikern, Mitgliedern der Maldivian Democratic Party (MDP), darunter dem früheren Außenminister Dr. Ahmed Naseem, zusammengetroffen.

Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

11. Ist der Bundesregierung bekannt, ob sich Gefahren für ausländische Touristen auf den Malediven daraus ergeben, dass die maledivische Polizei kürzlich berichtet hat, dass etwa 50 Malediver in Syrien für die Al-Qaida nahestehende Al-Nusra-Front kämpfen (die Oppositionspartei „Maledivische Demokratische Partei“ spricht von bis zu 200 – [www.minivannews.com/news-in-brief/un-sees-increase-in-maldivian-jihadists-](http://www.minivannews.com/news-in-brief/un-sees-increase-in-maldivian-jihadists-)

overseas-95631#sthash.b4HXoTCH.dpbs; einige sind getötet worden, einige in ihre Heimat zurückgekommen)?

Das Auswärtige Amt beobachtet die Situation mit großer Aufmerksamkeit und aktualisiert seine Reise- und Sicherheitshinweise entsprechend der aktuellen Ereignisse und Entwicklungen.

12. Inwiefern will die Bundesregierung lokale Nichtregierungsorganisationen und Menschenrechtsaktivisten ermutigen, die sich für die Freilassung von Mohamed Nasheed einsetzen?

Auf die Antwort zu Frage 6 wird verwiesen.

13. Werden die EU-Richtlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern auf den Malediven umgesetzt, und wenn ja, mit welchen Maßnahmen?

Die Bundesregierung misst dem Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern große Bedeutung bei und ist besorgt darüber, dass eine Reihe von Staaten den Betätigungsspielraum der Zivilgesellschaft zunehmend einschränken. Vor diesem Hintergrund kommt einer koordinierten, einheitlichen EU-Politik zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern besondere Bedeutung zu. Die EU-Leitlinien sind in diesem Zusammenhang auch für die Deutsche Botschaft in Colombo ein wichtiges Instrument. Im Rahmen der Betreuung von Einzelfällen, welche die Leitlinien vorsehen, betreut diese u. a. den Fall des zu einer Bewährungsstrafe verurteilten ehemaligen Präsidenten der Wahlkommission, Fuwad Thaufeek. Die Botschaft hat gemeinsam mit Fuwad Thaufeek Möglichkeiten des sicheren Verbleibs im Ausland, auch der Bundesrepublik Deutschland, geprüft. Fuwad Thaufeek zieht derzeit einen Aufenthalt in Sri Lanka, in der Nähe seiner Angehörigen, vor.

14. Was unternimmt die Bundesregierung, um die maledivische Zivilgesellschaft zu stärken und beim Aufbau einer demokratischen Grundordnung zu unterstützen?

Auf die Antwort zu Frage 6 wird verwiesen.



